

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

35. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Februar 2001, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

in Vertretung von Günter Neugebauer

Hans-Jörn Arp (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Jutta Schümann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Übertragung der finanztechnischen Abwicklung des Schulbauprogramms auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/678	5
2. Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung“; §-10-a-LHO-Berichterstattung gegenüber dem Landtag Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 15/695	6
3. Veräußerung eines landeseigenen unbebauten Grundstücks in Wenningstedt/Sylt Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/698	8
4. Vorläufiger Abschluss des Haushaltsvollzugs 2000 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/689	9
5. Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 1998 Bericht des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/2505 und Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998 Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/658	11
6. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages (Bundratsdrucksache 770/00 vom 24.11.2000) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/655 Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/671 Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/686	12

- 7. a) Kurzfristige Erhöhung der Werftenhilfe zum Jahresende 2000** **13**
Antrag des Abg. Reinhard Sager (CDU)
Umdruck 15/651
- b) Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen**
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/663
- 8. Abschluss und Abwicklung des Rechtsstreits Albrecht ./ Land Schleswig-Holstein** **14**
Antrag der Fraktion der F.D.P.
Umdruck 15/719
- 9. Sachstandsbericht zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs** **15**
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/724
- 10. Information/Kenntnisnahme** **16**
Umdruck 15/673 - Besteuerungsverfahren - Projekt FISCUS
Unterrichtung 15/15 - Entwurf Landesverordnung Spielbankabgabe
- 11. Verschiedenes** **17**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Übertragung der finanztechnischen Abwicklung des Schulbauprogramms auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/678

Im Verlauf der Diskussion erklären die Abgeordneten Fuss, Arp und Heinold ihre Unzufriedenheit mit der Vorlage, insbesondere dass „im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung stehende Anträge zur Einrichtung erforderlicher Titel, Umsetzung von Haushaltsmitteln und Sperrung von Planstellen und Stellen“ erst „zu gegebener Zeit“ an das Ministerium für Finanzen und Energie gerichtet werden. P Dr. Korthals fügt hinzu, erst bei der Endabrechnung werde sich erweisen, ob die Aufgabenübertragung auch wirklich wirtschaftlich sei.

Die Vorsitzende fasst das Ergebnis der Diskussion dahin zusammen, dass der Finanzausschuss mit der Aufgabenübertragung auf die Investitionsbank - wie bei früherer Gelegenheit auch schon mehrfach betont - im Grundsatz einverstanden sei, dass er aber die erbetene Zustimmung zu der beabsichtigten Vorgehensweise erst geben werde, wenn dem Finanzausschuss die Umschichtung der Mittel konkret dargelegt werde. Entsprechende Unterlagen erwarte der Finanzausschuss am 15. Februar 2001.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens
im Bereich der Forstverwaltung“;
§-10-a-LHO-Berichterstattung gegenüber dem Landtag**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 15/695

Abg. Wiegard gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass das Finanzministerium erst unter dem Datum vom 23. Januar 2001 die mit Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten am 11. Dezember 2000 übersandten Finanzdaten vom 30. September 2000 dem Finanzausschuss zur Sitzung am 8. Februar 2001 zugeleitet habe. - Ref. Holländer führt aus, dass der Bericht ausweislich der Abgangsverfügung vom 11. Dezember 2000 zeitgleich an die Vorsitzenden des Finanzausschusses und des Umweltausschusses gegangen sei; die zeitliche Verzögerung sei offensichtlich auf ein Büroversehen zurückzuführen.

* * *

Abg. Heinold spricht das Thema „Walderneuerung“ an und erkundigt sich danach, weshalb „im Jahr 2000 ... erheblich weniger Grundstücke für die Neuwaldbildung erworben werden“ konnten „als geplant“. Ref. Holländer antwortet, dass es schlicht am entsprechenden Angebot gemangelt habe. Gezahlt würden nur verkehrswertgerechte, marktübliche Preise und man habe dabei festgestellt, dass die Marktsituation ausgesprochen schwierig sei. Es werde immer wieder Werbung gemacht, aber es könne nichts erzwungen werden. Die Neuwaldbildung werde vom Umweltministerium nach wie vor als Aufgabe mit hoher Priorität angesehen.

Abg. Arp erklärt, gegen Neuwaldbildung sei nichts einzuwenden, jedoch stelle sich immer wieder die Frage, warum stets das Land Eigentümer des Waldes sein müsse.

St. Döring stellt zunächst heraus, aus der Sicht der Grundstückseigentümer sei es wirtschaftlicher, etwas anderes als Neuwaldbildung zu machen. Solange die EU bei vorübergehender Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen Prämien gewähre, werde aus nachvollziehbaren Gründen kein Betriebsinhaber ein Interesse an einer Veräußerung an das Land oder an einer Aufforstung haben.

Ref. Holländer teilt mit, vorgesehen sei die Schaffung von 200 ha landeseigenen Waldes pro Jahr, Ziel sei die Schaffung von insgesamt 1.000 ha, dann aber auch unter Beteiligung Privater und kommunaler Träger.

Zur Privatisierung des Waldes merkt Ref. Holländer an, der Markt gebe eine Veräußerung zu einem angemessenen Preis nicht her. Verschleudert werden sollte der Wald aber auch nicht, weil mit ihm zu viele soziale und Infrastrukturmaßnahmen verbunden seien; der Wald sei eben nicht nur Holzlieferant.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Veräußerung eines landeseigenen unbebauten Grundstücks in Wenningstedt/Sylt

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/698

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass zu der Veräußerungsangelegenheit einzelnen Abgeordneten und dem Finanzministerium eine Reihe von Faxen zugegangen sind, und bittet das Finanzministerium, diese Faxe dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. - Die Beratung wird auf die nächste Sitzung am Donnerstag, dem 15. Februar 2001, vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorläufiger Abschluss des Haushaltsvollzugs 2000

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/689

M Möller trägt die Vorlage in großen Zügen vor.

Abg. Sager erkundigt sich nach der Berechnungsgrundlage des für die **Rentenreform** ausgewiesenen Risikobetrages von 1,5 Millionen DM. M Möller antwortet, dieser Betrag mache für das Land im Jahr 2001 nach KFA 1,6 Millionen DM aus - in der Vorlage mit dem Datum vom 23. Januar seien 1,5 Millionen DM ausgewiesen -, und für die Kommunen errechne sich ein Betrag von 1,3 Millionen DM. Für 2002 ergäben sich für das Land 10,6 Millionen DM und für die Kommunen 7,7 Millionen DM. Der Betrag steige 2005, dem Jahr der großen Stufe der Steuerreform, auf 103,9 Millionen DM für das Land und 91,4 Millionen DM für die Kommunen und erhöhe sich nochmals bis 2008.

Dieses Thema sei Beratungsgegenstand in der gestrigen Sitzung des Vermittlungsausschusses gewesen. Der Vermittlungsausschuss sei beauftragt worden, bis zum 7. März eine Lösung zu erarbeiten. Unabhängig davon gebe es zwischen dem Bund und den Ländern eine heftige Auseinandersetzung, ob es richtig sei, „auf kaltem Wege“ die Länder und die Gemeinden an der Finanzierung des Rentensystems zu beteiligen. Hinzuweisen sei allerdings auch darauf, dass die Vorschläge der Opposition in Sachen Rentenreform eine weitere Verteuerung zur Folge hätten.

M Möller antwortet auf eine Frage des Abg. Sager, dass es keine neue Definition des **Investitionsbegriffs** und damit auch keine entsprechenden Umschichtungen innerhalb des Haushalts gegeben habe. Die Landesregierung orientiere sich insoweit an dem bundesweit verwendeten Begriff. Zwischen Landesregierung und Landesrechnungshof allerdings stimmten die Positionen - so betont M Möller - nicht ganz überein. Abg. Heinold bezeichnet die Argumentation der CDU in der Debatte über den Investitionsbegriff als scheinheilig und führt zur Begründung an, dass die CDU in den siebziger und achtziger Jahren das Land hoch verschuldet habe mit der Begründung, dass es sich bei den Ausgaben eben um Investitionen handele.

Abg. Kubicki erklärt, Sorge bereite ihm die Tatsache, dass die **Steuereinnahmen im Jahr 2000** gegenüber dem Vorjahr in allen Bereichen zurückgingen, obwohl das Jahr 2000 ein ver-

gleichsweise günstiges konjunkturelles Jahr gewesen sei. Die Lohnsteuereinnahmen gingen zurück, obwohl die Arbeitslosenzahl sinke; die Umsatzsteuer steige nicht einmal im Rahmen der Inflationsrate. Dabei stelle sich die Frage, ob das Land irgendwann die finanzpolitischen Handlungsspielräume zurückgewinne. M Möller merkt an, derzeit würden entsprechende Analysen erstellt, und über das Ergebnis werde er dem Ausschuss im Zuge des endgültigen Abschlusses über den Haushaltsvollzug 2000 unterrichten. „Im Augenblick stochern wir noch im Nebel.“

Punkt 5 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 1998

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/2505

und

Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/658

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages
(Bundratsdrucksache 770/00 vom 24.11.2000)**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/655

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/671

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/686

(überwiesen am 25. Januar 2001)

Auf eine Frage des Abg. Arp antwortet Ref. Drögemüller, dass der Finanzausschuss des Bundesrates am 1. Februar 2001 mit knapper Mehrheit - darunter Schleswig-Holstein - die Nicht-einbringung des Antrages von Bayern und Baden-Württemberg beschlossen habe.

Abg. Kubicki erkundigt sich nach der Höhe des Aufkommens aus der Trinkgeldsteuer und verbindet damit die Frage, ob mit der Umsetzung des vorliegenden Antrags der Verwaltungsaufwand erhöht werde. AL Schmidt-Elsaëter antwortet, dass dem Ministerium darüber keine Zahlen vorliegen. Dies habe seinen Grund darin, dass die Höhe des Trinkgeldes vom Arbeitnehmer anzuzeigen und vom Arbeitgeber bei der Lohnsteuer zu berücksichtigen sei. Überprüft werde dies im Rahmen der Lohnsteueraußenprüfung von den Finanzämtern. Es gebe in dem Bereich relativ viele Schätzungen und auch eine Reihe von Entscheidungen des Finanzgerichts.

Abg. Arp führt aus, die Hochrechnung der Einnahmen aus der Trinkgeldsteuer für 1998 ergebe einen Betrag von 180 Millionen bis 200 Millionen DM. In der Beschränkung der Besteuerung des Trinkgeldes auf die Mitarbeiter der Gastronomie sieht Abg. Arp eine Ungleichbehandlung. Wichtig wäre deshalb die Entscheidung über die Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages, noch besser wäre ihre völlige Abschaffung. - AL Schmidt-Elsaëter stellt klar, dass die verschiedenen Berufsgruppen nicht unterschiedlich behandelt werden.

Abg. Fuß erklärt, dass die SPD noch Beratungsbedarf habe, und bittet, die Entscheidung über den Gesetzentwurf zu vertagen. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Kurzfristige Erhöhung der Werftenhilfe zum Jahresende 2000

Antrag des Abg. Reinhard Sager (CDU)
Umdruck 15/651

b) Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/663

AL Rocca antwortet auf die Frage des Abg. Sager, dass eine Vielzahl von Ländern die Wettbewerbshilfe nicht voll ausgeschöpft habe. Daraus ergebe sich eine Reserve bei der KfW in Höhe von 143 Millionen DM. Die Wirtschaftsminister der Küstenländer hätten sich auf der letzten Konferenz massiv dafür eingesetzt, diese Gelder den Werften auch ohne Komplementärmittel zufließen zu lassen; der Bund habe sich dazu allerdings nicht bereit erklärt.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Abschluss und Abwicklung des Rechtsstreits Albrecht ./ Land Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Umdruck 15/719

AL Rocca berichtet, grundsätzlich bestehe Einvernehmen zwischen den Anwälten beider Seiten, einen detailabgestimmten Vergleichstext an das Gericht heranzutragen. Es sei nicht erkennbar, dass es landesseitig Verzögerungen gegeben habe; im Gegenteil, das Land sei an einer zügigen Abwicklung interessiert. Wenn gewährleistet sei, dass das Land das Grundstück lastenfrei übernehmen könne, werde der Fall sehr schnell zum Abschluss gebracht werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/724

Der Ausschuss nimmt den Bericht von M Möller auf der Basis der Vorlage Umdruck 15/724 entgegen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/673 - Besteuerungsverfahren - Projekt FISCUS

Unterrichtung 15/15 - Entwurf Landesverordnung Spielbankabgabe

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) AL Rocca antwortet auf eine Frage des Abg. Arp, dass St Mantik als **Beamter auf Probe** nach dem Landesbeamtengesetz mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum 31. März 2001 aus dem Amt ausscheide, bereits aber jetzt die Amtsgeschäfte nicht mehr wahrnehme. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte sei er, AL Rocca, beauftragt, und in das Amt des Staatssekretärs werde er am 1. April 2001 berufen werden.
- b) Abg. Arp bittet um einen Bericht des für Tourismus zuständigen Ministeriums zur finanziellen Situation der **Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH (TASH)**, um die Frage prüfen zu können, ob die Haushaltssperre aufgehoben werden müsse.

Als Termin dafür schlägt die Vorsitzende die Sitzung am 2. März 2001 vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer